

## Gemeinsamer Antrag des Rates der Stadt Waldbröl

### Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Die beiden Vorfälle mit tödlichem Ausgang im Umfeld des Busbahnhofes haben insbesondere dazu geführt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in jüngster Vergangenheit gelitten hat. Wohnungseinbrüche und vereinzelt Raubdelikte haben diese Entwicklung noch verstärkt.

Die Information, dass die Polizeiwache Waldbröl in einigen Nächten unter der Woche nachts nicht mehr besetzt ist, hat dazu geführt, dass viele Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Unzufriedenheit darüber öffentlich zum Ausdruck gebracht haben. Sie ist letztlich Ausdruck einer Mangelverwaltung, in der zum Ausdruck gebracht wird, dass man das zu gering bemessene Personal entweder auf der Wache oder in einem Funkstreifenwagen einsetzen kann.

Dabei ist es unabdingbar, dass Hilfesuchende darauf vertrauen können, in einer offiziell durchgängig besetzten Wache einen Ansprechpartner anzutreffen. Außerdem muss der Streifendienst personell so ausgestattet sein, dass die Einsatzmittel auch in Flächenregionen möglichst schnell am Einsatzort eintreffen.

Eine nachhaltige Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung setzt deshalb eine adäquate personelle Ausstattung sowie entsprechende organisatorische Regelungen voraus.

Parallel dazu muss die Ordnungsbehörde personell in der Lage sein, im Rahmen von zu vereinbarenden Ordnungspartnerschaften in enger Kooperation mit der Polizei die öffentliche Ordnung sicher zu stellen.

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat der Stadt Waldbröl die Verwaltung:

1. mit dem Landrat als Kreispolizeibehörde analog am Beispiel der Stadt Gummersbach eine Ordnungspartnerschaft zwischen der Stadt Waldbröl und der Kreispolizeibehörde zu vereinbaren,
2. den Landrat als Chef der Kreispolizeibehörde zu bitten, sich beim Land NRW für eine angemessene Personalausstattung der Polizei des Oberbergischen Kreises einzusetzen und

3. eine Satzung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Bereich des Stadtgebietes als Diskussionsgrundlage für die nächste Ratssitzung vorzubereiten.

Für die CDU-Fraktion

Andre Steiniger

Für die SPD-Fraktion

Bernd Kronenberg

Für die UWG-Fraktion

Roger Helzer

Für die FDP-Fraktion

Herbert Greb

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Claudia Hein